

jährige Stadtreisfeier. König Friedrich August hat sein Erscheinen zu dem Jubiläum am ersten Festtag zugesagt.

Cuba, 3. März. In der Nacht zum Sonntag waren hier Einbrecher bei der Arbeit. Nachdem sie aus den Gewölbenstern zweier Güter die Schatzkästen herausgeholt hatten, stiegen sie ein. Es scheint ihnen aber nicht viel Beute — da sie es wahrscheinlich nur auf Geld und Nahrungsmittel abgesehen hatten — in die Hände gefallen zu sein. Wahrscheinlich eine Guisbesitzer um etwa 10 Pfund Fleisch und eine Anzahl Eier, die sie an Ort und Stelle ausfranken, schädigten, ließen sie bei dem andern ein Paar neue Stiefelketten mitgehen. Der von Herrn Brigadier Bosin, Wiesa, gesetzte Polizeizund nahm die Spur nach Gablenz zu auf. Auf einer ungewöhnlichen Wiese in der Nähe des „Schützenheims“ verlor er aber die Spur.

Schwarzenberg, 2. März. Im hiesigen Ratskellersaal tritt am Sonntag der 50. (Jubiläum) Sängertag des Obererzgebirgsvereins zusammen. Ihm ging am Vormittag eine Bundesvorstandssitzung voraus. Der Bundesvorsteher, Herr Oberlehrer Wünsche-Buchholz, eröffnete den Sängertag und gab einen Rückblick über das vergangene Jahr. Dabei teilte er u. a. mit, dass dem Gesangverein „Arioso“ - Schönheiderhammer anlässlich seines 30-jährigen Vereinsjubiläums ein Glückwunschkreis übermittelt und Herrn Emil Tittel von der „Stimmabteilung“ - Giebenstock für 30-jährige aktive Mitgliedschaft eine Bundesauszeichnung zuteil wurde.

Plauen, 3. März. Eine besondere Sehenswürdigkeit nicht nur für Plauen, sondern für das gesamte Vogtland, der renommierte Neubau der Firma Julius Tieß, mit 60 Meter Frontlänge am Postplatz und 80 Meter in der Hinterstraße, ist am Sonnabend eröffnet worden. Vormittags von 11 Uhr an fand eine Besichtigung durch Polizeiinspektor Hartmann und Vertreter der vogtländischen Presse unter Führung des Herrn Oskar Tieß aus Berlin, der Schwiegerson des verstorbenen Gründers des Plauener Hauses, des Geschäftsführers Leopold Teichner mit Gattin, der Architekten Röder-Plauen und Voß-Berlin statt, und hörte man dabei nur Worte der Bewunderung und Anerkennung. Im Erfrischungsraum, der die ganze Breite des dritten Obergeschosses am Postplatz einnimmt, und von dessen Terrasse man einen prächtigen Ausblick über die Altstadt hinweg genießt, wurden Proben aus Küche und Keller des Hauses dargeboten, die einen Beweis für die Leistungsfähigkeit des Etablissements, das in allen Artikeln jedem Geschmack gerecht werden kann, gaben. Nachmittags 3 Uhr fand eine Glückwünschung der Prinzipalität durch das gesamte Personal statt, worauf dann um 4 Uhr die Eröffnung des Kausauses für das große einlaufende Publikum vor sich ging.

Treuen i. V., 3. März. Zahlreiche abgebrochene Maßen von Telegraphen- und Telephonleitungen, die Folge des starken Rauhreifes der letzten Tage, sind hier und in der Umgebung zu beobachten. Beispielsweise sind an der Straße Treuen-Goldene Höhe (2½ Kilometer) sieben Maßen gebrochen, zahlreiche andere aus ihrer senkrechten Lage gebracht und die Drähte zerrissen. Viele Telegraphenbauarbeiter sind damit beschäftigt, die bedeutenden Verkehrsstörungen zu beseitigen.

### Sächsischer Landtag.

Dresden, 3. März. Zweite Kammer. Auf der Tagesordnung steht zunächst die Schlussberatung über Kap. 93 des ordentlichen Staats-Evangelische Kirchen betr. Abg. Anders (Natl.) erfasst den Bericht und beantragt, das Kap. nach der Vorlage zu genehmigen. Nach eingehender Aussprache wurde das Kapitel gegen 16 sozialdemokratische Stimmen bewilligt. Bei den feineren zur Beratung stehenden Kapiteln 88 bis 94 des Rechenschaftsberichts, Kultusministerium betr. werden die Staatsüberschreitungen nach dem Bericht des Abg. Schiebler (Natl.) nachdrücklich genehmigt. Es folgt die Schlussberatung über die Petition des Zentralverbandes proletarischer Freidenker, Sitz Dresden, 1) um Befreiung der Kinder von Eltern, die aus der Kirche ausgetreten sind, vom Besuch des Schulreligionunterrichtes und 2) die Beklimmungen über den Austritt aus der Landeskirche einer Aenderung zu unterziehen. Abg. Roth (Fortsch. P.) erfasst den Deputationsbericht und beantragt, die Petition zu 1 der Regierung als Material für ein künftiges Volkschulgesetz, zu 2 der Regierung zur Erwägung zu überweisen. Hierauf geht ein sozialdemokratischer Antrag Castan ein, die Petition der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Kultusminister Dr. Beck demerkte zu den Anträgen, der Grundsatz, dass die Eltern mit ihren Kindern machen können, was sie wollen, sei nirgends durchgeführt, soweit die großen öffentlichen Interessen eine Rolle spielen. Er bitte, dem Antrage der Deputation zu 1 nicht zuzustimmen, sondern auf sich beruhen zu lassen. Die Kirchenaustrittsbewegung sei auf Tiefstufe zu beklagen. Aber eine Verschärfung der Mittel gegen diese Bewegung werde auch nicht zu dem gewünschten Erfolg führen. Die Kirchenaustrittsbedingungen könnten nicht erleichtert werden. Die Sozialdemokratie wisse ganz genau, dass die Religion schließlich die festste Wehr gegen ihre Verbrennungen sein werde. Der Antrag Castan wird mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien gegen die der Antragsteller abgelehnt. Der Deputationsantrag wird darauf in seinem ersten Teile einstimmig, im zweiten Teile gegen die Konservativen angenommen. Die nächste Sitzung wird, um den Deputationszeit zu arbeiten, auf Donnerstag nachmittag 2 Uhr anberaumt. Schluss gegen 6½ Uhr.

### Deutscher Reichstag.

226. Sitzung vom 3. März 1914.

Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung standen zunächst zwei kleine Anfragen. Der Württembergische Militärbevollmächtigte von Grävenitz erklärte auf eine Anfrage des Sozialdemokraten Keil, dass die Erkrankungen im Württembergischen Trainbataillon Nr. 13 günstig verlaufen seien und sämtliche Mannschaften genesen seien. Auf eine Anfrage des Abgeordneten Brey (Soz.) über die Ursachen des Rummelsburger Explosionsglücks wird vom Regierungsrat erklärt, dass das Reichsamt des Innern mit der Untersuchung beschäftigt sei. Es folgt der zweite Tag der Beratung des Poststaats. Abgeordneter Kiel (Vollzoll.) tritt für die unteren Postbeamten ein, Abgeordneter

Martin (Reichsp.) wendet sich gegen eine allzu große Beschäftigung weiblicher Beamten im Postdienst. Staatssekretär Praetzel kündigt an, dass die neue Telefonverbindung mit England sehr teuer sein werde. Der Abgeordnete Werner (Wirtsh. Vgg.) tritt für die Ostmarkenzulage ein. Zum Schluss der Debatte wird es lebhaft. Der sozialdemokratische Postredner teilte wieder einen ganzen Satz von Klagen über die Behandlung der Postbeamten aus und bringt den Staatssekretär derartig in Garnisch, dass er sich eine Flüge des Präidenten gefallen lassen muss. Mittwoch 1 Uhr: Duellinterpellation, dann folgt die Weiterberatung des Poststaats.

### Aus der Zeit der Besetzungsriege.

5. März 1814. Nachdem Troyes zum zweiten Mal in die Hände der Verbündeten gefallen war, befand sich die Hauptarmee in äußerst glücklicher Lage; die tief entmutigte, wiederholte geschlagene Heeresabteilung MacDonalds war leicht zu vernichten und die Straße nach Paris lag für Schwarzenberg offen. Dieser aber verzielte in völlige Untätigkeit. Die Truppen wurden weit im Umkreise von Troyes verteilt und dadurch Macdonalds Zeit gegeben, seine auf 30000 Mann zusammengeschmolzene Armee bei Rogent neu zu ordnen. Napoleon's Wut über die Übergabe von Soissons, die er an diesem Tage erfuhr, war grenzenlos, er ließ den General Moreau sofort verhaften und vor ein Kriegsgericht stellen, griff auch diesem Gericht insofern vor, als er anordnete, dass das Todesurteil in Paris zu vollziehen sei; tatsächlich wurde Moreau zum Tode verurteilt, jedoch ward das Urteil nicht vollzogen, weil die Verbündeten zwischen Paris erschienen. Als sich Napoleon Blücher näherte, hatte dieser nicht weniger als 110000 Mann zur Verfügung, während Napoleons Heer aus nur 34000 Mann bestand. Zunächst versuchten Marmont und Mortier wiederum Soissons zu nehmen, was ihnen jedoch nicht gelang. Am Abend dieses Tages aber wurden die Russen unter Tschernitschew überrascht und mit Verlust bei Véry au Bac zurückgeschlagen. Am selben Tage hatte das Unternehmen Carbineaus gegen Reims einen ungeahnten Erfolg; die Truppen der Verbündeten wurden überfallen und fast völlig gesangen genommen. Am Abend dieses Tages war Napoleon selbst bereits in Véry au Bac.

### Die Verwaltung der indirekten Abgaben im Königreich Sachsen in den letzten 30 Jahren.

Mit Ablauf des Jahres 1913 konnte die sächsische Verwaltung der indirekten Abgaben der Gestaltung, die sie vom 1. Januar 1884 ab mit Rücksicht auf den Eintritt Sachsen in den deutschen Zollverein durch die Verordnung, die Organisation der Verwaltungsbehörden für indirekte Staatsabgaben betreffend, vom 10. Dezember 1883 erhalten hatte, auf ein 30-jähriges Bestehen zurückblicken. Aus diesem Anlass hat die Generalzolldirektion im letzten Stunde ihres Verordnungsblattes vom Jahre 1913 einen Überblick über die Entwicklung der Verwaltung der indirekten Abgaben im Königreich Sachsen in den letzten 30 Jahren gegeben. Für die Zeit von 1884 bis 1883 liegt bereits eine Denkschrift vor. Das indirekte Abgabenrecht im Königreich Sachsen seit der Begründung des deutschen Zollvereins, Leipzig, Verlag von Bölt. u. Co., 1884, in der die Entstehung und der Verlauf der das Geist der indirekten Abgaben begreifenden Gefehlgebung sowie die wichtigsten in der Organisation der sächsischen Zoll- und Steuerverwaltung vorgelösten Veränderungen unter Beschränkung auf die hauptsächlichsten Begebenheiten dargestellt werden.

Der Kreis der Aufgaben von Reich und Staat hat sich in den letzten drei Jahrzehnten erheblich erweitert, in Verbindung damit und mit der fortwährenden Ausgestaltung der deutschen Wehrmacht ist der Einnahmebedarf gewaltig gestiegen, und so haben die schon vorhandenen Einnahmeketten nach Möglichkeit ergiebiger gestaltet und daneben neue Quellen erschlossen werden müssen. Der Umfang dieser Entwicklung wird durch folgende Zahlen veranschaulicht: in Sachsen sind an indirekten Reichsabgaben aufgelösten im Reichs-Rechnungsjahr 1912 (1. April 1912 bis 31. März 1913) 142 003 789 Mark gegenüber 29 727 732 Mark im Reichs-Rechnungsjahr 1882 (1. April 1882 bis 31. März 1883), an indirekten Landesabgaben im Kalenderjahr 1913 11 879 875 Mark gegenüber 3 841 587 Mark im Kalenderjahr 1883. Von den beiden letzten Zahlen ist erläutert zu bemerken, dass die Zunahme zu einem wesentlichen Teile auf dem am 1. April 1909 erfolgten Übergange des Landestempels von der Verwaltung der direkten Steuern auf die der indirekten Abgaben beruht und dass daher diese Zahlen nicht uneingehend als Ausdruck für die stärkere Belastung des sächsischen Volkes mit indirekten Landesabgaben betrachtet werden können.

An einschneidenden Wendepunkten, die das Zollwesen seit 1884 erfahren hat, ist der Erlass des Zolltarifgesetzes vom 25. Dezember 1902 — in Kraft getreten am 1. März 1906 — zu nennen; durch den zugehörigen Zolltarif hat die auf den Schutz der nationalen Arbeit abzielende Bewegung eine wichtige Förderung erfahren. Von den indirekten Reichssteuern, die schon am 1. Januar 1884 bestanden haben — die Steuern von Tabak, Salz, Branntwein, Bier und Brot, der Spieltarifstempel, der Wechselstempel und die Reichsstempelabgaben von Altien, Renten und Schulverschreibungen, von Schlafzetteln und Rechnungen sowie von Botterloosen —, ist kaum eine von einschneidenden Änderungen verschont geblieben, und eine große Anzahl neuer ist hinzugekommen: die Steuern von Schaumwein, Zigaretten, Essigäsure, Bechtmitteln und Süßwaren, ferner die Erbschaftssteuer und die Zuflusssteuer, bei der allerdings für alle nach dem 30. Juni 1913 eingetretenen Fälle die Steuerpflicht die Erhebung

des Reichsanteiles fortgesetzt ist, endlich die Reichsstempelabgaben von Eugen, Gewinnantisechein- und Zinsbogen, Fracht-Urkunden, Personensafarkarten, Erlaubnisfertiken für Kraftfahrzeuge, Vergütungen an Aufsichtsrats-Mitglieder, Scheide und Grundstücke-Uebertragungen sowie neuerdings von Gesellschaftsverträgen und Versicherungen. Dagegen ist die Erhebung und Verwaltung der durch das Reichsgesetz über den ehemaligen außerordentlichen Wehrbeitrag und durch das eine Abgabe vom Vermögenszuwachs einfließende Besteuerung — beide vom 3. Juli 1913 — geschaffenen direkten Reichsabgaben, die allerdings auch den Bundesstaaten zufällt, in Sachsen nicht den Behörden der Verwaltung der indirekten Abgaben übertragen worden.

An Landesabgaben, mit deren Erhebung die Verwaltung der indirekten Abgaben beschäftigt ist, kommt außer der Schlachtfeste und der Übergangsabgabe vom vereinzelnden Fleischwerke, die von wesentlichen Änderungen verschont geblieben sind, neben denen aber seit 1892 noch die Verbrauchsabgabe von vereinzelndem Fleischwerke erhoben wird, nur die Stempelsteuer in Betracht. Sie ist erst durch das Stempelsteuergesetz vom 12. Januar 1909 auf die Behörden der Verwaltung der indirekten Abgaben übertragen worden. Aus dem Kreise der sächsischen indirekten Abgaben ist ausgeschieden das Chaussee- und Brückengeld, dessen Erhebung mit dem Schlusse des Jahres 1885 aufgehört hat.

Die Organisation der Verwaltung der indirekten Abgaben hat sich in ihren Grundzügen während der jetzt verlossenen 8 Jahrzehnte ihrer Wirksamkeit unverändert erhalten. Die oberste Leitung liegt in den Händen des Finanzministeriums und insbesondere seiner I. Abteilung. Unter ihm hat die Generalzolldirektion, wie seit 1909 die bis dahin als Zoll- und Steuerdirektion bezeichnete Mittelbehörde genannt wird, die Zölle und die indirekten Reichs- und Landessteuern zu verwalten. Mit der örtlichen Abgabenverwaltung sind in unmittelbarer Unterordnung unter sie die Hauptzollämter führen, und die ihnen unterstellten Dienststellen und Aufsichtsbeamten beschäftigt.

Die Generalzolldirektion ist im Jahre 1884 als ein Kollegium ins Leben getreten, dem ein leitender und zwei beisitzende Räte angehören. Am 1. Januar 1884 setzte sie sich aus 1 Direktor, 1 Vize-direktor und 3 Räten zusammen, denen noch 2 juristische Hilfsarbeiter zur Seite standen. In den letzten 3 Jahrzehnten hat die unausgefehlte, teilweise sprunghafte Zunahme der Geschäfte in kürzesten Zeiträumen zu stärkerer Personalvermehrung Anlass gegeben, sodass die Generalzolldirektion nunmehr aus 1 Präsidenten, 1 Vizepräsidenten und 10 Mitgliedern (Oberräten) besteht. Ihnen sind 12 juristische Hilfsarbeiter (Finanzamtänner) beigegeben, von denen 5 als Stempelkästle tätig sind. An die Stelle der früheren kollegialen Verfassung ist 1899 die burokratische getreten. Seit 1910 gliedert sich die Generalzolldirektion für den inneren Geschäftsbetrieb in 3 Abteilungen. Als besondere Dienststellen sind der Generalzolldirektion die Zollrechnungs-expedition, die Zollwirtschaftsverwaltung und seit 1904 die Technische Prüfungsstelle angegliedert. Die Entwicklung der Technischen Prüfungsstelle hängt ausschließlich mit der fortwährenden Ausgestaltung des zoll- und steuertechnischen Abfertigungsvorrichtungen in den beiden letzten Jahrzehnten zusammen; ihr Anfang reicht bis ins Jahr 1893 zurück. Ihre sind jetzt alle im Zoll- und Steuer-Verkehr vor kommenden Warenuntersuchungen übertragen, soweit es sich nicht um die Beurteilung von Erzeugnissen nach einheitlichen, nur gewissen Fachanstalten hinreichend bekannten Gesichtspunkten handelt, und soweit nicht gewisse Untersuchungen zum Zwecke der Entlastung der Prüfungsstelle Prioritätsreihen überlassen werden. Ferner liegt ihr ob die Abgabe von Gutachten zur Erledigung von Zolltariffragen und zur Vorbereitung oder Abänderung zoll- und steuer-gesetzlicher Ausführungsbestimmungen, die in das Gebiet der Technologie eingeschlagen, sowie die Ausarbeitung von neuen, für die Frage der zutreffenden Zolltarifierung oder steuerlichen Kennzeichnung von einzelnen Warenartikeln verantwortlichen Prüfungsweisen. Außerdem werden bei ihr praktische Übungskurse für Oberbeamte und Zollabfertigungsbeamte veranstaltet und bei Abhaltung der Unterrichtskurse zur Vorbereitung auf die Fachprüfungen jährlich sowohl Vorträge über chemische und mechanische Technologie und Warentypen gehalten als auch Laborietübungen vorgenommen; zu diesem Zweck verfügt sie über reichhaltige Sammlungen von Warenproben und Untersuchungsgegenständen. Der Beamtenstab der Technischen Prüfungsstelle setzt sich aus 1 Vorstand und 4 Zollchemikern zusammen. Die Zahl aller Beamten der Generalzolldirektion einschließlich ihrer besonderen Dienststellen ist von 40 am 1. Januar 1884 auf 118 am 31. Dezember 1913 angewachsen.

Auch bei den Hauptzollämtern ist die kollegiale Verfassung durch die den gestiegenen Anforderungen der heutigen Verhältnisse besser entsprechende bureaukratische Verfassung ersetzt worden (1911); nur in Stundungsangelegenheiten ist noch kollegiale Entscheidung erforderlich. Die Zahl der Hauptzollämter hat sich am 1. Juli 1900 von 13 auf 16 erhöht, da in diesem Tage in Pirna, wo schon von 1884 bis 1880 ein Hauptzollamt bestanden hatte, wiederum ein solches unter Abweitung eines Teiles des Schandauer Hauptzollsbezirks errichtet sowie in Dresden und Leipzig je ein zweites Hauptzollamt ins Leben getreten ist. Die den Hauptzollämtern nachgeordneten Amtsstellen werden seit dem Jahre 1909 je nach ihrer Bedeutung indessen ohne Rücksicht auf ihre Lage an der Grenze oder im Binnenlande, entweder als Zollämter oder als Nebenzollämter bezeichnet.

Der Ausbau der indirekten Abgaben und die damit verbundene Geschäftstreiberei spiegelt sich in dem Anwachsen der Zahl der bei den Hauptzollämtern

und sie if  
Deze  
sind  
den  
troffen  
der G  
widru  
was  
als r  
finden  
fährer  
Reich  
des L  
prüfu  
in die  
ten u  
prüfu  
von alle  
abgesc  
sche  
moch  
laufe  
fung  
bindu  
der L  
worde  
der N  
Perfo  
haben  
bildun  
gestell  
haber  
Realg  
dungs  
tungs  
direkt  
bestan  
durch  
sistens  
zutell  
gründ  
dienste  
rend  
Gener  
gewäh  
Beam  
zugew  
neuen  
sehend  
und D  
heren  
Überu  
tion in  
den 2  
D  
indire  
dass a  
zum u  
den u  
wesen  
Dresd  
tet wo  
worden  
räume  
mehr a  
Haupt  
Leipz  
bahnh  
geräu  
worden  
ellenba  
gütlerb  
sehens  
trieben  
gericht  
men w  
die seh  
Dresd  
1909) h  
Verhäl  
rücklic  
dient j  
mit zu  
solchen  
na und  
Beamte  
terbüro  
Roman  
„Ja  
reichen.“  
verteutel  
haben.  
„Sei  
ohne jedo  
los. Be  
folgung  
können,  
dass er o  
mir auch  
nana in